

# Wahlprüfsteine BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben



BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben	Maria Heubuch (Bündnis90/Die Grünen) WK 293	Leon Hahn (SPD) WK 293	Christian Steffen-Stiehl (FDP) WK 293	Sander Frank (Die Linke) WK 293	Volker Mayer-Lay (CDU) WK 293
<p>1. Bundestagswahl 2021 heißt Klimawahl! ... Was bedeutet dieser Slogan für Ihre zukünftigen Aufgaben im Bundestag?</p>	<p>Die Entwicklungen durch den Klimawandel sind inzwischen im wahrsten Sinne des Wortes katastrophal, wie der Starkregen mit seinen Fluten in diesem Jahr wieder einmal gezeigt hat.</p> <p>Um dieser Krise auch nur annähernd gerecht zu werden müssen alle Politikfelder auf den Prüfstand gestellt werden und in alle Entscheidungen müssen die Klimaziele einbezogen werden. Nicht nur bei Energie oder Mobilität wo es allen klar ist. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder hinweg, von der Wirtschaftspolitik über Sozial- und Gesundheitspolitik bis hin zur Landwirtschaftspolitik. Und genau darin sehe ich meine Aufgabe in der Landwirtschaftspolitik. Unsere Landwirtschaft, egal ob bio oder konventionell muss zukunftsfähig umgestaltet werden, im Sinne von Klima und Umwelt, aber auch von Wirtschaftlichkeit und sozialen Aspekten.</p>	<p>Diese Bundestagswahl hat eine elementare Bedeutung dafür, ob es uns gelingt, genügend Maßnahmen zur CO2-Reduktion und Neutralität gegen den Klimawandel in Deutschland und in Europa umzusetzen.</p> <p>Im Deutschen Bundestag möchte ich daher mit aller Kraft dafür eintreten, dass wir keine wertvolle Zeit mehr verstreichen lassen. Irreversible Kippunkte kennen keine Rücksicht und das ist mir als junger, sozialökologisch eingestellter Mensch sehr bewusst.</p> <p>Wir müssen das Ausbautempo erneuerbarer Energien im Bund massiv erhöhen und können uns Minderinvestitionen in Forschung und Entwicklung klimaschonender Technologien nicht länger leisten. Gerade die junge Generation im Deutschen Bundestag hat die Pflicht, darauf hinzuweisen, dass bislang keines der vorliegenden Konzepte ausreicht, um genügend CO2-Emissionen einzusparen und die Klimaziele von Paris zu erreichen.</p> <p>In einer demokratischen Gesellschaft kommt es beim Klimawandel mehr als alles andere aber auch darauf an, die Vorteile des Klimaschutzes für alle greifbar zu machen und einseitige Härten zu vermeiden. Wenn wir einseitige Auflagen ohne konkrete Entlastungen insbesondere für die wirtschaftlich Schwächeren verabschieden, werden wir politische Mehrheiten für Klimaschutz verlieren.</p> <p>Deshalb will ich im Bundestag daran arbeiten, ganz konkrete Wege aufzuzeigen, wie durch Klimaschutz neue Jobs entstehen können, wie wir bei der Transformation der Wirtschaft durch Umschulung und eine Begleitung des Strukturwandels die Menschen politisch unterstützen können und nicht zuletzt, wie wir bspw. durch eine unmittelbare „Rückgabe“ der Einnahmen aus einer höheren CO2-Bepreisung dafür sorgen, dass geringe Einkommen nicht besonders belastet werdend.</p> <p>Als Abgeordneter hier aus dem Kreis werde ich außerdem dafür einstehen, dass wir Pionierregion für Klimaneutralität werden. Ich bin überzeugt: machen wir den Klimaschutz richtig, bietet er das Potenzial, völlig neue und nachhaltige Formen des Wirtschaftens zu ermöglichen und Wohlstand hier bei uns zu erhalten. Ob durch emissionsfreie Schiffe auf dem See, Photovoltaik-Anlagen als Hagelschutz über unseren Obstanbauflächen oder der Perspektive, den emissionsfreien Antrieb der Zukunft hier am See zu entwickeln: wir können hier bei uns den Beweis antreten, dass Klimaschutz nachhaltig ist. Ich trete an, um dafür die Weichen zu stellen.</p>	<p>Die Aufgaben des Klimaschutzes an ihrer Effizienz auszurichten.</p> <p>Die Zeit drängt, daher sehe ich als geboten, dass wir unsere Mittel so einsetzen, dass wir für das eingesetzte Geld den größtmöglichen Effekt erzielen.</p> <p>Gleichzeitig soll der CO2-Zertifikatehandel auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden. Durch die Reduzierung des noch erlaubten CO2 Ausstoßes werden die verbleibenden Zertifikate immer teurer so dass CO2-Ausstoß unrentabel wird.</p> <p>Zudem müssen wir das technologieoffene Rennen um Alternativen in Energieerzeugung und -speicherung eröffnen.</p> <p>Um zu vermeiden, dass CO2 intensive Industrie einfach ins Ausland abwandert, sollen bei der Einfuhr in die EU entsprechend Preiszuschläge für emittiertes CO2 erhoben werden.</p>	<p>Das bedeutet alle Entscheidungen und Vergaben unter die Maßgaben der nachhaltigen Entwicklungsziele und 1,5 Grad Grenze zu stellen. Entsprechend muss die Politik eine sozial-ökologische Transformation gestalten und innovative Ideen in der Umsetzung fördern.</p>	<p>Dass die Änderungen des Klimaschutzgesetzes konsequent und nachhaltig umgesetzt werden müssen. Das Klima auf der Erde und auch bei uns am Bodensee verändert sich. Der Beitrag, den der Mensch durch Ausstoß von CO2 daran hat, muss beendet werden.</p> <p>Deutschland als führende Technologation der Welt kann eine Vorreiterrolle in der Welt übernehmen, indem die Technologien, die zum Erreichen von Klimaneutralität notwendig sind, "Made in Germany" werden, dann kann die ganze Gesellschaft – auch finanziell - von dieser Transformation profitieren! Hierbei setze ich auf Forschung, Entwicklung und das Schaffen der notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten anstatt auf platte Verbote, Verteuerungen und Einschränkungen des uns bekannten Lebens. Ich setze auf Klimaschutz mit einem Lächeln und dem Erhalt unserer Freiheiten anstatt mit dem drohenden Zeigefinger.</p>

BTW 2021, GWO Bodensee- Oberschwaben	Maria Heubuch (Bündnis90/Die Grünen) WK 293	Leon Hahn (SPD) WK 293	Christian Steffen-Stiehl (FDP) WK 293	Sander Frank (Die Linke) WK 293	Volker Mayer-Lay (CDU) WK 293
<p>2. Welche sozialen Themen sind für Sie die Dringlichsten für Deutschland in den nächsten Jahren?</p>	<p>Die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft öffnet sich immer weiter. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Kindern in Schule und Ausbildung. Corona hat die Situation wie unter einem Brennglas deutlich gemacht, teilweise noch weiter verschärft. Sicherlich muss auch dort als erstes angesetzt werden und mit einer Kindergrundsicherung sind direkt und unbürokratisch bessere Situationen zu schaffen. Doch das reicht bei weitem nicht aus. Menschen die Tag täglich zur Arbeit gehen müssen von ihrer Arbeit auch leben und ihren Kindern eine Zukunftschance geben können. Das bedeutet auch die gesamte Wirtschaft mit in die Verantwortung zu nehmen, Mindestlöhne oder familiengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen gehören dazu. Bezahlbarer Wohnraum, geschaffen durch eine neue Wohngemeinnützigkeit, ist ein weiteres wichtiges Thema. Wenn wir es nicht schaffen, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen und alle Menschen Teilhabe am wirtschaftlichen- wie kulturellem Leben bekommen, dann werden wir auch die Klimaziele nicht erreichen können</p>	<p>Mehrere akute soziale Herausforderungen stehen bevor, die teils große Veränderungen mit sich bringen können. Zum einen hat die Corona-Pandemie enorme Kosten verursacht, die auch den Spardruck auf öffentliche Haushalte erhöhen. Erste Politiker der Union stellen bereits sozialpolitische Ausgaben wie die Grundrente in Frage. Die Pandemie hat gezeigt, wer die eigentlichen, systemrelevanten Leistungsträgerinnen und -träger sind, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Abgesehen von Applaus auf dem Balkon gibt es bislang aber wenige politische Signale, die diesen Menschen bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine gute Rente garantieren. Unsere Leistungsträgerinnen und Leistungsträger dürfen nicht selbst von Altersarmut betroffen zu sein, nachdem sie jahrelang teils auf Kosten der eigenen Gesundheit einen enorm wichtigen Beitrag geleistet haben. Die Lasten der Corona-Pandemie gerecht zu verteilen, ist für mich eine der zentralen sozialen Herausforderung der kommenden Jahre.</p> <p>Bezahlbarer Wohnraum ist bereits heute eine tiefgreifende, soziale Frage in diesem Land. Nicht Steuern, sondern Mieten und Wohnkosten entscheiden darüber, wieviel am Ende des Monats übrigbleibt. Immer mehr Menschen werden auch hier in der Region aus ihrem sozialen Kontext herausgelöst, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Hier konsequent einzugreifen und dies nicht einem enthemmten Markt zu überlassen, ist eines meiner zentralen Anliegen.</p> <p>Dafür habe ich konkrete Vorschläge vorgelegt und arbeite in unterschiedlichen Funktionen im Land, vor Ort und im Bund dafür, dass wir bezahlbares Wohnen auf allen Ebenen so angehen, wie es nötig ist.</p> <p>Nicht zuletzt zeigt sich, dass die Ungleichheit in Deutschland zunimmt. Zu viele Menschen in diesem wohlhabenden Land, fast drei Millionen Kinder und über drei Millionen alte Menschen in akuter Armut, können nicht am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben. Ich will durch mehr Investitionen in eine sozial durchlässige Bildung, durch eine Entlastung dieser Gruppen im Rahmen einer Steuerreform und durch eine Stärkung des Sozialstaats verhindern, dass sich unsere Gesellschaft noch stärker spaltet und auseinanderdriftet.</p>	<p>Wir brauchen eine Wohnungsraumoffensive, die durch Schaffung von neuem Wohnraum in Ballungsgebieten und der besseren Anbindung (digital und verkehrstechnisch) von existierendem Wohnraum im ländlichen Raum an die Städte.</p> <p>Außerdem benötigen wir eine Rentenreform, die nicht nur ständig an den Einzahlungs- (Beitragsatz und Lebensarbeitszeit) und Auszahlungsparametern (höhere Bezüge) sondern auch am System als solches etwas verändert. Ziel ist ein ordentliches Rentenniveau und gleichzeitig genug Spielraum für die jüngere Generation, ein eigenes Leben aufzubauen.</p>	<p>Grundsätzlich ist die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit eine Leitperspektive für die Partei die LINKE. Das bedeutet, dass die Frage nach steigendem Gemeinwohl und der sozialen Gerechtigkeit übergeordnet bei allen anderen Themen als Maßstab mitgedacht wird. Entsprechend der Fragestellung dennoch eine persönliche Priorisierung der 3 dringlichsten Themen.</p> <p>A) Die Frage nach der Finanzierung des Sozialstaat insbesondere „nach Corona“. Der Pandemiefall darf finanziell nicht zu Lasten des Mittelstand, Geringverdienender und der systemrelevanter Leistungsträger*innen bewältigt werden. Wissenschaftler*innen und unabhängige Expert*innen raten seit einiger Zeit zu einer Vermögensteuer, um die Kaufkraft zu steigern und den öffentlichen sowie privaten Investitionsstau zu lösen. Armut beenden, Sozialstaat stärken. Wohlstand und Finanzen nachhaltig für alle sichern.</p> <p>B) Weiterhin muss der soziale Aspekt bei der Bewältigung der Klimakrise im Vordergrund stehen. Eine sozial-ökologische Transformation ist nur gesellschaftlich tragfähig, wenn sie dem Gemeinwohl dient und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Nachhaltigkeit bedeutet im Kern einen finanziellen und ideellen Wohlstandsgewinn.</p> <p>C) Darüber hinaus ist bezahlbarer Wohnraum eines der dringendsten sozialen Themen der kommenden Legislatur. Die soziale Segregation sowie das Gefälle zwischen Stadt und Land müssen durchbrochen werden. Wohnraum in guter Lage und Größe wieder durch ehrliche Arbeit finanzierbar werden und ein würdevolles Leben in jedem Alter garantieren.</p> <p>D) Darüber hinaus sind aber auch Themen wie Gesundheit, Bildung, Arbeit, Grundsicherung, Rente und Mobilität</p>	<p>Angesichts der demografischen Entwicklung ist es eine große Herausforderung, die unterschiedlichsten sozialen Angebote noch besser miteinander zu verknüpfen und unser soziales Sicherungssystem zu stärken. Wir müssen dafür sorgen, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhält, die Rente ein Leben in Würde ermöglicht und wir durch Vertrauen und Verlässlichkeit den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken.</p>
<p>3. Worin drückt sich für Sie der soziale Zusammenhalt in Deutschland aus und worin sehen Sie diesen gefährdet? Wie wollen Sie hier gegensteuern?</p>	<p>Auch hier sind die Kinder der Indikator für mich: solange nicht allen Kindern Teilhabe zukommt ist der Zusammenhalt gefährdet. Aber auch Diskriminierungen im Alltag wegen Herkunft, sexueller Ausrichtung, Alter oder Geschlecht zeigen die Schwachstellen in unserer Gesellschaft. Demgegenüber stehen die unglaubliche Hilfsbereitschaft die sich während und nach der Flutkatastrophe gezeigt hat, aber auch all die vielen ehrenamtlichen Menschen die sich in den unterschiedlichsten Bereichen engagieren. Gegensteuern können wir, indem wir die Ursachen bekämpfen, wie Kindergrundsicherung, Diskriminierungen entgegenzutreten, für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen auf der einen Seite und gesellschaftliches Engagement auf der anderen Seite unterstützen.</p>	<p>Kaum etwas hat den sozialen Zusammenhalt so eindrücklich gezeigt wie die Corona-Pandemie. Entgegen der Behauptung vieler, insbesondere neoliberaler Kräfte hat sich gezeigt, dass Millionen Menschen eben nicht nur auf sich geschaut, sondern geholfen und für andere mitgedacht haben. Das zu sehen, gerade über einen langen Zeitraum hinweg, war für mich der Lichtblick in einer sonst eher dunklen Zeit.</p> <p>Unsere Gesellschaft funktioniert nur, weil wir füreinander einstehen. Jeder und jede trägt an seiner und ihrer Stelle etwas zu unserem gemeinsamen Leben und Wohlstand bei. Deshalb tragen wir auch in hohem Maße Verantwortung füreinander. Dieses Bewusstsein zu erhalten, ist eine nicht einfache Herausforderungen.</p> <p>Wir müssen deshalb politisch dafür Sorge tragen, dass dieser Beitrag, den jeder und jede leistet, auch entsprechend mit einem gerechten Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand einhergeht. Deshalb sind höhere Mindestlöhne, Grundrente oder Kindergrundsicherung auch keine sozialen Wohltaten. Es sind elementare Schritte, um unser soziales Gefüge aufrecht zu erhalten und nicht immer mehr Menschen zu gefühlten oder realen Verlierern der Gesellschaft zu machen.</p>	<p>Der soziale Zusammenhalt in Deutschland hat mehrere Facetten die vom Staat bereit gestellt werden müssen: Bildung unabhängig von der Herkunft - ein Aufstiegsversprechen, das jedem offen steht - ein soziales Netz, das diejenigen aufängt, die es gerade schwer haben - bezahlbaren Wohnraum - die Chance auf Wohneigentum - eine Rente, die auch noch für zukünftige Generationen funktioniert - um nur einige zu nennen.</p> <p>Dementsprechend müssen auch die Kursänderungen vielfältig sein: Wie zum Beispiel mit dem liberalen Bürgergeld, dass sich dem Einkommen dynamisch anpasst und dadurch auch mehr Zuverdienst ermöglicht, eine Wohnungsraumoffensive im Wohnungsbau, weniger Hürden für Familien zum Eigenheim (Stichwort Umsetzung Kreditrichtlinie), der Ausbau digitaler Infrastruktur am Land, sowie deren Verkehrsanbindung und nicht zuletzt eine Rentenreform, die nicht nur am Input oder Output etwas ändert, sondern auch mal das System updatet.</p>	<p>Der soziale Zusammenhalt drückt sich für mich immer wieder in den unglaublich vielen Arbeitsstunden von Ehrenamtlichen aus. Jährlich leisten unglaublich viele ehrenamtliche Helfer*innen, Vereine oder Initiativen wichtige Arbeit für die Gemeinschaft und die Demokratie. Dennoch sehe ich den sozialen Zusammenhalt aufgrund eines enorm schnell wachsenden Gefälle zwischen arm und reich gefährdet. Auch die exzessive Profitorientierung der Gesundheit und mancher Politiker*innen sowie Armutsrenten, hohe Kitagebühren, fehlende Chancengleichheit, Niedriglöhne, marode Infrastrukturen, Lächer im Bildungsbereich und teilweise abgebrühte Repräsentant*innen vermitteln manchmal das Gefühl einer Politik die sich nicht mehr nach dem Wohl der Allgemeinheit, sondern nach Einzelinteressen richtet und dadurch den sozialen Zusammenhalt gefährdet.</p> <p>Darüber hinaus sind teilweise sinkende Partizipation an demokratischen Prozessen und fehlende Wahrung von gesellschaftlichen Interessen wie beispielsweise beim Kohleausstieg, der Corona Politik oder bei Upload Filtern, eine weitreichende und langfristige Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Weiterhin sind aber auch vergiftete Stimmungen und social Media Diskussionen in der Mitte der Gesellschaft zu beobachten. Auch Hass und Hetze sind eine zunehmende Gefahr und bereiten den Boden für teilweise verfassungsfeindliche Positionen.</p>	<p>Die Zahl steigender pflegebedürftiger Menschen in unserem Land bedarf ein solidarisches Miteinander, das es weiter zu stärken gilt, denn im Alter sind wir auf die Unterstützung unserer Mitmenschen angewiesen. Wir nehmen diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr und wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege deshalb weiter verbessern. Prävention und Rehabilitation werden wir stärker in den Mittelpunkt stellen, aber auch die Versorgung stärken, die Pflegeversicherung weiterentwickeln und die ambulante sowie stationäre Pflege verbessern. Auch müssen wir das ehrenamtliche Engagement, gerade nach der Pandemie, wieder stärken.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Maria Heubuch (Bündnis90/Die Grünen) WK 293	Leon Hahn (SPD)  WK 293	Christian Steffen-Stiehl (FDP)  WK 293	Sander Frank (Die Linke)  WK 293	Volker Mayer-Lay (CDU)  WK 293
		Der Frust dieser Menschen ist Nährboden für Populismus und Hass. Besonders Rechtspopulisten gelingt es immer wieder, die Armen gegen die noch Ärmere auszuspielen. Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtspopulisten ist daher, die Sorgen und Bedürfnisse dieser Menschen politisch auch tatsächlich zu lösen.		Entsprechende extremistische Positionen und Strukturen lassen sich inzwischen innerhalb der Parlamente sowie im zivilgesellschaftlichen Aktivismus und teilweise in staatstragenden Organen wie der Polizei oder der Bundeswehr in Form von Netzwerken finden. Insgesamt bestehen also im Kontext vieler gesellschaftlicher Umbrüche in den kommenden Jahren viele Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um dem entgegen zu steuern ist es notwendig die gemeinsamen Werte der gelebten Solidarität und Gemeinschaft aktiv zu pflegen. Wir müssen die Chancengleichheit sicherstellen und allen ein würdevolles Leben in jedem Alter garantieren. Nur durch soziale Sicherheit können wir Hass, Neid und Hetze begegnen.	
4. Kennen Sie die Ansätze der GWÖ und wo sind sie Ihnen begegnet?	Während meinem Mandat im europäischen Parlament habe ich mich viel mit Agrarökologie beschäftigt und durch Seminare bin ich hier auch auf die GWÖ gestoßen. Die Grundlagen der GWÖ sollen der Wirtschaft eine Orientierung geben, um Gemeinwohl, Kooperation und Gemeinwesen in den Mittelpunkt zu rücken. Auch Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung („Partizipation“) zählen zu den Werten der GWÖ und das ist der Agrarökologie sehr nahe. Auch sind mir Betriebe, die eine Gemeinwohl-Bilanz machen wie Bodan, Fairfleisch, Sonett oder Elobau durchaus bekannt. Beim Bürger*innen Dialog der GWÖ am 26.06. in Friedrichshafen wurden nochmal die vielen Möglichkeiten die in diesem Weg stecken deutlich sichtbar.	Die Ansätze der Gemeinwohlökonomie kenne ich gut und habe immer wieder die Gelegenheit gehabt, diese mit unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern der GWÖ, Unternehmen auch hier im Wahlkreis Bodensee und mit SPDlern zu diskutieren. Für mich und viele andere in der SPD ergeben sich viele Überschneidungen des Konzepts eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens und den Zielen der Sozialdemokratie. Gerade die Frage, wie wir alle Aspekte der Nachhaltigkeit besser berücksichtigen können, beschäftigt mich. Ebenso die Frage, wie wir Gerechtigkeit auch zeitlich besser aufgreifen können, in dem wir beispielsweise die externen Effekte unserer aktuellen Art, zu wirtschaften, stärker internalisieren.  Es gibt auch in der SPD zunehmende Tendenzen, die Ideen der GWÖ konkreter aufzugreifen und zu diskutieren. So werden wir zeitnah in der SPD Baden-Württemberg, deren Landesvorstand ich angehöre, über Ansätze der GWÖ diskutieren.	Mir sind die Ansätze der GWÖ geläufig. Soweit mir bekannt arbeitet das Unternehmen VAUDE hier in der Region mit einer GWÖ-Bilanz.	Definitiv! Im Kontext der universitäts Seminare und im Kontext des gesellschaftlichen Aktivismus für die 17 UN-Ziele der Agenda 2030. Ich durfte bereits an manchen Sitzungen teilnehmen und eine Kooperation der GWÖ in Friedrichshafen mit FridaysForFuture begleiten.	Ansätze wie soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und ökologische Nachhaltigkeit sind mir vertraut. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung mit ihren Anforderungen an eine nachhaltige Politik bietet hier eine praktische Orientierung.
5. Welche Aspekte der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sind Ihnen besonders wichtig? Wie möchten Sie diese Aspekte in den nächsten Jahren fördern und aber auch die Umsetzung einfordern?	Ich bin fest davon überzeugt, dass alle drei Aspekte, ähnlich wie Säulen die ein Dach tragen sollen, gleichermaßen wichtig sind. Ist eine Säule geschwächt, so wird das Dach schief oder droht einzustürzen. Das bedeutet ganz klar: in allen Politikfeldern müssen diese Aspekte als Leitlinie für Entscheidungen gelten. In meinem Politikfeld, der Landwirtschaft, werde ich vehement für einen Umbau hin zu mehr Umweltschutz, Tierwohl und bessere Einkommensbedingungen der Bauer*innen und Mitarbeiter*innen kämpfen. Dies muss im Rahmen der jetzt anstehenden Umsetzung der beschlossenen EU-Agrarreform geschehen.	Durch Bildung, unternehmerische Verantwortung und einen aktiven, funktionierenden Staat dafür zu sorgen, dass wir im Einklang mit unserer Umwelt sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaften, scheitert in der Regel weniger an wohlfeilen Ankündigungen als an konkreten politischen Maßnahmen. Nicht zuletzt, wenn es um konkrete Zielkonflikte geht.  Ich möchte daran mitarbeiten, dass wir diese Zielkonflikte klarer herausarbeiten und demokratisch Entscheidungen fällen. So können einschneidendere Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit kurzfristig im Konflikt mit sozialer Nachhaltigkeit stehen, wenn sie nicht beide Aspekte berücksichtigen. Beispielsweise, wenn wir zwar Flächen schonen wollen, mangelnder bezahlbarer Wohnraum den Neubau von Wohnungen aber dringend erforderlich macht. Heute auf marktwirtschaftliche Gewinne zu verzichten, weil sie im Konflikt zum Wohlstand bzw. sogar zum guten Überleben der kommenden Generationen stehen, löst bereits jetzt in unserer Demokratie Widerstände aus.  Mein Anspruch ist es, die drei Kategorien von Nachhaltigkeit daher im besten Sinne in einen Ausgleich zu bringen.	Für mich ist es ein Zusammenspiel aus allen drei Aspekten. Eine Ökonomie, die nachhaltig mit Ressourcen wirtschaftet und nachhaltige Finanzen, die den jungen Generationen Spielräume für die Zukunft lässt sind die Grundlage für ein gutes und dauerhaft stabiles Sozialgefüge.  Ich möchte daran mitarbeiten, dass wir diese Zielkonflikte klarer herausarbeiten und demokratisch Entscheidungen fällen. So können einschneidendere Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit kurzfristig im Konflikt mit sozialer Nachhaltigkeit stehen, wenn sie nicht beide Aspekte berücksichtigen. Beispielsweise, wenn wir zwar Flächen schonen wollen, mangelnder bezahlbarer Wohnraum den Neubau von Wohnungen aber dringend erforderlich macht. Heute auf marktwirtschaftliche Gewinne zu verzichten, weil sie im Konflikt zum Wohlstand bzw. sogar zum guten Überleben der kommenden Generationen stehen, löst bereits jetzt in unserer Demokratie Widerstände aus.	Ich denke eine Priorisierung innerhalb des Dreiecks, widerspricht der Logik einer gleichberechtigten und aufeinander abgestimmten Ausrichtung der 3 Bereiche der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie, Soziales) Anders ausgedrückt bin ich mir aber sicher, dass wir für den Bereich des Sozialen eine völlig neue Prioritätensetzung benötigen und dafür sorgen müssen, dass der Vorteil aller gewährleistet ist. Bisher wird die Klimakrise aus meiner Sicht zu selten im Kontext von sozialer Verträglichkeit diskutiert. Oftmals wird über Preiserhöhungen oder marktwirtschaftliche Methoden gesprochen, doch eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie zum Vorteil aller dient und ein gesellschaftliches Bewusstsein vorherrscht. Wir benötigen eine finanzielle Umverteilung und gesicherte Lebensverhältnisse. Qualitative Bildung und massive finanzielle Unterstützung für innovative Ideen und Arbeitgebende. Zusammengefasst benötigt es also neue politische Maßstäbe der Nachhaltigkeit, eine gerechtere Vermögensverteilung, massive öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen sowie soziale Sicherheit und staatliche Unterstützung zum Zweck der 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.	Die Nachhaltigkeit begegnet uns in allen Bereichen. Wir müssen, um unsere Zukunft zu sichern, alle Handlungen und Entscheidungen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit hinterfragen.

BTW 2021, GWO Bodensee- Oberschwaben	Maria Heubuch (Bündnis90/Die Grünen) WK 293	Leon Hahn (SPD)  WK 293	Christian Steffen-Stiehl (FDP)  WK 293	Sander Frank (Die Linke)  WK 293	Volker Mayer-Lay (CDU)  WK 293
6. Inwieweit haben Sie bisher die UN Agenda 2030 in ihrer politischen Arbeit eingesetzt oder sich darauf bezogen?	Die Agenda 2030 wurde im Sept. 2015, also während meinem Mandat im Europäischen Parlament von den Vereinten Nationen beschlossen. Als Mitglied im Entwicklungsausschuss, aber auch im Agrararusschuss habe ich mich intensiv mit den 17 Nachhaltigkeitsziele und den Unterzielen auseinandergesetzt. Sie waren Grundlage für mich bei vielen Entscheidungen aber auch Grundlage für meine Arbeit in der Parlamentarischen Allianz gegen Hunger oder den Initiativen zur Agrarökologie	Die UN Sustainability Goals begleiten mich in meiner täglichen Arbeit. Viele der 17 Ziele stellen genau die Themenfelder dar, für die ich mich politisch seit Jahren auf Bundes- und Landesebene einsetze, etwa im Kampf um gerechte Bildung, gegen Armut und für erneuerbare Energien.  Gerade bei der Benennung politischer Zielkonflikte helfen diese Ziele aufzuzeigen, dass es sich beim Kampf um nachhaltigen Konsum oder nachhaltiges Wirtschaften nicht um absurde und radikale politische Ziele handelt, sondern dass diese aus Interesse der gesamten Menschheit politisch Unterstützung benötigen.	Wir beziehen uns auch in unserem Bundestagswahlprogramm auf die Agenda 2030, da wir darin die Chance auf mehr Freiheit für uns alle und für zukünftige Generationen sehen.	Die UN-Agenda ist in meinem Verständnis die Handlungsgrundlage für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Zukunft in knapp 30 Jahren. Die Maßstäbe von diesem globalen Konsens sind für mich persönlich oft Ausgangspunkt meiner Argumentationen und fungieren als Leitfaden für eine nachhaltige Entwicklung. Die UN-Agenda hat auf meinen persönlichen Lebensweg gelegentlich Einfluss nehmen können und war oftmals Fokus von Konferenzen oder politischen Verhandlungen. Weiterhin war die Agenda 2030 schon Gegenstand einer wissenschaftlichen Hausarbeit im Seminar „Global Public Policy“ (globale, öffentliche Politik)	Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung sind politische Zielsetzungen, die der Sicherung auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene dienen und welche auch ich als handlungsleitende Prinzipien mit nach Berlin nehmen werde.
7. Welchen Schwerpunkt setzen Sie für eine nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren?	Da ich selbst Bäuerin bin, liegt mir eine Ökologisierung der Landwirtschaft besonders am Herzen. Hier gibt es ein großes Potential für mehr Klimaschutz, besonders wenn wir es schaffen flächendeckend wieder Humus aufzubauen und so CO2 wieder im Boden zu binden. Ein Umbau innerhalb der Landwirtschaft, weg von Monokultur und Massenproduktion, hin zu mehr Vielfalt auf dem Acker, in den Ställen und bei den Menschen die dort arbeiten. Das bedeuten dann auch mehr Vielfalt auf dem Teller und mehr Biodiversität in Flora und Fauna. Aber auch im Energiebereich haben wir hier großes Potential. Agrophotovoltaik ist ein Baustein zur Energiewende, ob über dem Gemüsefeld oder der Apfelpflanzung, diese Doppelnutzung wird nun in mehreren Projekten erforscht und ich hoffe hier auf zukunftsweisende Erkenntnisse.	Mein Ziel ist es, beim Klimaschutz durch junge Power mehr Fortschritt zu erzeugen, als dies bisher der Fall ist – auch in meiner eigenen Partei. Ich will daran mitarbeiten, dass wir neue Wege der Wachstumsmessung und Bilanzierung prüfen und politisch dafür Sorge tragen, dass die tatsächlichen Kosten unserer Art zu Wirtschaften künftig transparenter nachvollziehbar sind. Das geht, in dem wir beispielsweise Wege prüfen, wie Unternehmen die ökologischen und sozialen Folgen bilanziell besser abbilden müssen.  Ich möchte außerdem etwas dazu beitragen, dass wir die soziale Nachhaltigkeit wieder stärker fördern und werde mich deshalb für eine gerechtere Bildungs- und Sozialpolitik einsetzen.	Das 13. Ziel der Agenda ist der derzeit größte Schwerpunkt, indem wir mit dem angestrebten Senkungspfad für den CO2 Ausstoß einen verlässlichen Weg zur Einhaltung der Pariser Klimaziele einschlagen wollen.	Eine sozialverträgliche Energiewende unter breiter Bürger*innenbeteiligung bis spätestens 2030 würde ein Arbeitsschwerpunkt von mir werden. Die Energiewende ist einer der entscheidenden Sektoren für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035. Darüber hinaus möchte ich die Klimakrise aber ganzheitlich angehen und alle Maßnahmen im Kontext aller Bedürfnisse gegeneinander abwägen und umsetzen. Weitere entscheidende Sektoren sind in diesem Sinne die Mobilität, die Landwirtschaft, Digitalisierung und Soziales.	Deutschland wird als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO2-Neutralität erreicht wird. Wir wollen moderne Handelspolitik auch als Instrument dazu nutzen, hohe Standards und wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz global durchzusetzen.
8. Mit welchen Ansätzen beabsichtigen Sie die Nachhaltigkeitsentwicklung zielorientiert zu managen?	Um nicht in vereinzelt Ansätzen stecken zu bleiben muss es erst eine Vision dazu geben was erreicht werden soll. Dann muss der Weg dorthin entwickelt werden. Dafür braucht es ein Bewertungssystem, oder besser noch Grundsätze nach denen gehandelt wird. Es gibt schon verschiedene Ansätze wie Gemeinwohlökonomie, Agrarökologie oder das Projekt Quarta Vista die systematisch unser Wirtschaften bewerten und so diesen Weg begleiten können. Ich bin auch überzeugt, dass wir mehr Forschung und Wissenschaft für die unterschiedlichen Problemlösungen brauchen. Doch am Ende kann es eine nachhaltige Entwicklung nur geben, wenn wir auch soziale Gerechtigkeit schaffen.	Ich möchte meine Zeit vor allem darauf verwenden, die bislang oft eher allgemeine, politische Diskussion auf konkrete Maßnahmen herunter zu brechen. Nicht immer gelingt der eine, große Wurf. Vielmehr kommt es oft darauf an, durch viele, kleine Maßnahmen in die richtige Richtung zu kommen.  Als Bundestagsabgeordneter werde ich versuchen, Zielkonflikte stärker herauszuarbeiten und dann auch auf Entscheidungen zu drängen, weil ich überzeugt bin, dass wir insbesondere im ökologischen Bereich über zu wenig Zeit verfügen, noch lange zu warten.	Wir fordern die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) entlang der Ziele und Indikatoren der Agenda 2030. Aufgrund der Dringlichkeit im Hinblick zum Klimawandel ist die Ausweitung des CO2 Zertifikatehandels auf alle Wirtschaftssektoren der erste große Schritt zur Umsetzung.	Auch hier bei dieser Frage gilt die grundsätzliche Orientierung an den wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarat (IPCC). Die Veröffentlichungen repräsentieren den globalen Wissensstand zur Klimakrise und gelten als Grundlage des Pariser 1,5 Grad Abkommen. Das UN-Gremium arbeitet interdisziplinär und beansprucht dadurch auch die Erkenntnisse vieler verschiedener Bereiche. Somit bilden natürlich auch grundlegende technische oder naturwissenschaftliche Ansätze viele Werkzeuge zum Management von nachhaltiger Mobilität, ökologischer Landwirtschaft oder natürlicher Biodiversität. Somit geht es im Kern immer um die beste Lösung für den konkreten Fall. Das bedeutet eine wissenschaftsbasierte und undogmatische Herangehensweise, welche durch politische Maßnahmen einen sozial verträglichen Wandel zum Wohle aller schafft.  Mich persönlich interessieren im Kontext der Universität oder des Aktivismus immer wieder die Ansätze der Gemeinwohlökonomie, der Energieeffizienzertifizierung, des Umweltmanagement, des Divestment, der Erkenntnistheorie und der Kreislaufwirtschaft.	Mit Forschung und Entwicklung sowie das Schaffen der notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten. Wir müssen nachhaltig wirtschaften, die Wegwerfgesellschaft beenden und unsere Kreislaufwirtschaft stärken. Wir müssen unsere Ressourcen schonen und den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Auch gilt es internationale Klimakooperationen anzustreben, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Maria Heubuch (Bündnis90/Die Grünen) WK 293	Leon Hahn (SPD)  WK 293	Christian Steffen-Stiehl (FDP)  WK 293	Sander Frank (Die Linke)  WK 293	Volker Mayer-Lay (CDU)  WK 293
9. Was war die letzte nachhaltige Maßnahme, die Sie persönlich umgesetzt haben? Welche Erfahrung haben Sie damit gemacht?	Wir haben auf unserem Betrieb schon vor 20 Jahren eine Biogasanlage gebaut, die vorwiegend mit Rindergülle läuft, somit keine zusätzliche Fläche braucht. Photovoltaik auf dem Dach gehört auch zu unserer Energieproduktion. Aber es sind oft auch viele kleine Maßnahmen, die mehr Nachhaltigkeit schaffen: z.B. verwende ich Gemüsenetze beim Einkaufen statt Plastiktüten, versuche Verpackung zu reduzieren, die Wasch- und Spülmaschine nachts laufen zu lassen. Bei Kleidung achte ich darauf, dass sie auch länger getragen werden kann und nicht alljährlich ausgetauscht wird, wenn etwas kaputt geht wird bei mir noch geflickt und nicht gleich weggeschmissen um nur einige Beispiele zu nennen. Das braucht etwas mehr Organisation im Alltag, funktioniert aber sehr gut und spart meist auch noch Geld.	Ich habe mein Konsumverhalten überprüft und versucht, transparent die Folgen meines eigenen, täglichen Konsums zu verstehen und daraus Schlüsse zu ziehen. Besonders beim Fleischkonsum versuchen meine Partnerin und ich seitdem, auf regionale, biologische Produkte zu setzen. Ich versuche außerdem, jede Flugreise – ob beruflich oder privat – möglichst zu hinterfragen, bis ein CO2-neutraler Antrieb möglich ist.	Einbau eine PV-Anlage mit Netzdienlichem Batteriespeicher im eigenen Haus. Die Erfahrung damit zeigt mir, dass die Einsparungen an sonnigen Tagen hoch, aber je nach Wolkenaufkommen oder Wetterumschwung zu ungleichmäßig sind. Um mit PV Anlagen im größeren Stil Strom effektiv zum Verbraucherbedarf zu erzeugen, brauchen wir eine Speicherstrategie zusätzlich zur PV-Stromerzeugung.	Meine jüngste Maßnahme war die Verwertung einer gebrauchten Glasflasche als neue Wasserflasche. Insgesamt bietet der Wahlkampf eine großartige Möglichkeit, um neue Praktiken auszuprobieren.	Ich bemühe mich täglich nachhaltige Maßnahmen umzusetzen, indem ich so saisonal und regional wie möglich kaufe und meine persönlichen Entscheidungen auf Nachhaltigkeit hinterfrage.
10. Was möchten Sie der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung, vor dem Verfassungshintergrund - alles wirtschaften soll dem Gemeinwohl dienen - mit auf den Weg geben?	Spätestens mit der Pandemie wurde uns allen nochmal klar gemacht wie verwundbar unsere Gesellschaften sind, selbst unsere Wohlstandsgesellschaften. Auch unser Wirtschaftssystem hat sich als anfällig und nicht besonders widerstandsfähig erwiesen. Wir haben aber nicht nur eine Pandemie, wir stecken in einer wirtschaftlichen Transformation die uns gelingen muss, wenn wir nachfolgenden Generationen weltweit eine Chance auf ein gutes Leben ermöglichen wollen. Das kann nur gelingen, wenn wir unsere Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße stellen: nicht der Profit zählt, sonder die Menschen! Die GWÖ zeigt uns einen Weg, hoffentlich begeben sich noch viel mehr Betriebe auf diesen Weg!	Bleiben Sie aktiv und schaffen Sie weiterhin Aufmerksamkeit dafür. Um Veränderung zu erreichen, müssen sie – genauso wie progressiv eingestellte Politikerinnen und Politiker – dafür Sorge tragen, dass die teils theoretischen Diskussionen für alle Menschen greifbar werden. Gerade in unserer Demokratie reicht es bekanntlich nicht, recht zu haben. Wir müssen Mehrheiten dafür gewinnen und zeigen, dass eine nachhaltigere Art des Wirtschaftens mehr Vor- als Nachteile bringt – auch wenn dies mit konkreten Veränderungsprozessen einhergeht. Manchmal ist hierfür Fingerspitzengefühl und Empathie erforderlich, um die Menschen nicht zu verlieren.  Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg alles Gute und werde Ihre Arbeit mit großer Sympathie und Wohlwollen begleiten.	In unserer politischen Strategie verfolgen wir am Ende ganz ähnliche Ziele. In der Frage der jeweiligen Wege sollten wir häufiger im gegenseitigen Austausch bleiben, davon lebt die Politik.	Viel Kraft und Mut für den weiteren Verlauf des Engagements. Der Kampf für brechende Paradigmen und nachhaltige Lösung kann kräftezehrend und ermüdend werden. Im Kontext des Verfassungshintergrund wünsche ich viel Mut und Ausdauer das Anliegen der GWÖ langfristig und konsequent einbringen zu können. Manchmal kann es schwer sein für Überzeugungen einzustehen, doch ich hoffe der verfassungsrechtliche Grundsatz kann euren Aktivismus immer wieder neu befeuern und euch motivieren. Herzlichen Dank für das Interesse und das Engagement.	Ihre Bestrebungen sind anerkennenswert und leisten einen wichtigen Beitrag im fortlaufenden Prozess der Gemeinwohlorientierung.
Ihre Kontaktdaten (Name, email, ggf. Telefon):	Maria Heubuch Direktkandidatin für den Wahlkreis Bodensee Karlstraße 19 88045 Friedrichshafen Web: maria-heubuch.de maria@maria-heubuch.de	Leon Hahn SPD Regionalzentrum Poststraße 7, 88400 Biberach  Mobil: +49 (0) 175 1626 400 E-Mail: leon.hahn@spdbodensee.de  web: www.spd-bodenseekreis.de facebook: @spdbodenseekreis twitter: @SPDBodensee instagram: @spd.bodenseekreis	Christian Steffen-Stiehl  Mobil: +49 175 464 3695 E-Mail: steffen-stiehl@fdp-bodensee.de Web: www.steffen-stiehl	Sander Frsnk  Sanderfrank14@web.de	Volker Mayer- Lay  kontakt@mayer-lay.de
Wahlkreis/ Liste/ Partei	Wahlkreis 293 - Bodenseekreis Bündnis90/Die Grünen	Wahlkreis Bodensee 293 SPD	Wahlkreis 293 Bodensee FDP	Wahlkreis 293 Bodensee Die Linke	Wahlkreis 293 Bodensee CDU